

<https://tkp.at/2024/02/23/bundestag-eigene-entmachtung-zugunsten-der-who/> 23.2.2024

Bundestag für eigene Entmachtung zugunsten der WHO

Eine zweite Debatte im Bundestag zeigte am Donnerstag ein deutliches Bild: Union und Ampel stellen sich überzeugt hinter eine gestärkte WHO und wollen sich de facto selbst entmachten.

Eigentlich ist die Debatte um die WHO-Reform im Bundestag bereits erledigt. Die Ampel unterstützt eine stärkere WHO nicht nur, sondern forciert sie. Eine Debatte zur WHO hatte es im Mai 2023 im Bundestag gegeben. TKP titelte damals: „[Deutschland unterwirft sich der WHO](#)“ – auf Antrag von CDU/CSU wurde Donnerstagabend der Pandemievertrag noch einmal für knapp 30 Minuten debattiert. Viel war also nicht zu erwarten.

Lobby-Vereine

Die Union machte immerhin deutlich, dass man die Ampel in ihren Plänen voll unterstütze. Covid habe gezeigt, dass die WHO gestärkt werden müsse. Viel mehr war da nicht dahinter. Bedenken der Kritiker seien „Verschwörungstheorien“ und müssten widersprochen werden. Die Regierung müsse „konsequent“ für Präventionsansatz und One-Health eintreten. Im Antrag wird immerhin erwähnt, dass „die Rechte der Bürger“ und die nationale Souveränität gewahrt bleiben müssen.

Dass dem aber nicht so sei, erklärte der fraktionslose Robert Farle, der in knapp einer Minute mit der WHO-Reform und der gesamten Debatte abrechnete. „Nicht mehr Parlamente sollen über die Verhängung gesundheitlichen Ausnahmezustandes entscheiden, sondern ein nicht kontrollierbares, nicht gewähltes Gremium in einer Supernationalen Organisation. Wenn die WHO dann den Notstand ausruft, sind die Parlament nur noch Nebendarsteller. Ein solches Vorgehen zur Entmachtung der Parlamente lehne ich grundsätzlich ab.“.....

<https://verwaltungsgeschichtshof-baden-wuerttemberg.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Medien/Ablehnung+Verdienstausschuss+Corona/?LISTPAGE=1212860> 27.2.2024

SARS-CoV-2: Ablehnung von Verdienstausfallentschädigungen wegen Quarantäne für Ungeimpfte rechtswidrig

Kurzbeschreibung: Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat in zwei Berufungsverfahren die Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 19. Dezember 2022 (Az. 16 K 2471/22) und des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 9. März 2023 (Az. 4 K 4354/21) bestätigt, in welchen das Land Baden-Württemberg jeweils verpflichtet wurde, Verdienstausfallentschädigungen im Falle einer behördlich angeordneten Absonderung (Quarantäne) bei festgestellter COVID19-Infektion auch an Ungeimpfte zu gewähren.

In den Urteilen führt der Erste Senat aus:

.....Der vom Gesetz vorausgesetzte Wirksamkeitsgrad der Impfung im Sinne eines Schutzes vor Übertragung der Infektion lässt sich nicht mathematisch exakt und für alle Fallkonstellationen von vornherein zahlenmäßig genau bestimmen. In das Gesetz aufgenommen wurde die Vorschrift mit der Einführung der Masernimpfpflicht. Die Masernimpfung führt zu einem Übertragungsschutz der Krankheit von 98% bis 99%. Hieraus ergibt sich, dass der erforderliche Wirksamkeitsgrad vor Übertragungen auch bei anderen empfohlenen Schutzimpfungen hoch sein muss, um die gesetzliche Folge des § 56 Abs. 1 Satz 4 IfSG auszulösen. Daher reicht im Allgemeinen der Wirksamkeitsgrad einer Schutzimpfung von 90% und mehr aus, um die Rechtsfolge des § 56 Abs. 1 Satz 4 IfSG herbeizuführen, ein geringerer Wirksamkeitsgrad hingegen jedenfalls dann nicht, wenn er deutlich unter 90% liegt. Die vom beklagten Land in Bezug genommenen 72% bis 75% an Schutzwirkung vor Übertragungen, die bloß dem Maßstab einer „überwiegenden Wahrscheinlichkeit“ entsprechen, genügen folglich nicht.

Die Urteile sind nicht rechtskräftig. Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen und kann binnen eines Monats nach Zustellung der Entscheidungen vom Land eingelegt werden (1 S 484/23 und 1 S 678/23)

<https://transition-news.org/spanien-gesundheitsministerium-gesteht-ein-dass-maskenpflicht-willkürlich> 25.2.2024

Spanien: Gesundheitsministerium gesteht ein, dass Maskenpflicht willkürlich auferlegt wurde

Schon 2022 hatte die Menschenrechtsgruppe «Liberum» das Ministerium aufgefordert, Berichte und Protokolle von angeblichen Expertensitzungen zu präsentieren, auf deren Basis die Bürger zum Maskentragen genötigt wurden. Jetzt hat die Institution eingeräumt, dass es diese nicht gibt. Illegalitäten und Verfassungswidrigkeiten waren Teil der «Pandemie». Corona-Vorschriften wurden den Bürgern willkürlich und ohne vertrauenswürdige wissenschaftliche Evidenz auferlegt. Fundamentale demokratische Rechte wurden allerorten mit Füßen getreten.

In Spanien beispielsweise wurden beide Alarmzustände, mit denen Regierungschef Pedro Sánchez seine Bürger im Jahr 2020 «kidnappte», im Nachhinein von der Justiz als illegal und verfassungswidrig eingestuft. Was jedoch keine Konsequenzen für die politischen Entscheidungsträger nach sich zog. Dennoch kämpfen Menschenrechtsgruppen und kritische Anwaltsteams auch weiterhin für die Aufklärung der Geschehnisse. Jetzt konnte Liberum eine gute Botschaft [verkünden](#). Schon im Jahr 2022 hatte die Menschenrechtsgruppe das Gesundheitsministerium zum ersten Mal aufgefordert, Berichte und Protokolle der Sachverständigensitzungen zur Verfügung zu stellen, auf deren Basis während der «Pandemie» Maskenpflichten in öffentlichen Gebäuden oder der freien Natur auferlegt wurden.

Nach zwei Aufforderungen an das Gesundheitsministerium, die ergänzenden Informationen zum Verwaltungsverfahren offenzulegen, hat Liberum am 19. Februar 2024 eine Antwort erhalten: Das Gesundheitsministerium musste darin einräumen, dass es die Berichte und Protokolle der Expertensitzungen nicht zur Verfügung stellen kann, weil es diese nicht gibt.

Womit die Regierung letztendlich eingestanden hat, dass die Maskenpflicht, mit der die Bürger fast zwei Jahre lang malträtirt wurden,

vollkommen willkürlich und ohne jede wissenschaftliche oder rechtliche Grundlage durchgezogen wurde.

<https://theobjective.com/espana/politica/2024-02-21/detenido-asesor-abalos-koldo-comisiones/> 21.2.2024

Detenido Koldo García, asesor de Ábalos, por posible corrupción en la compra de mascarillas

Koldo García, Berater von Ábalos, wegen möglicher Korruption beim Kauf von Gesichtsmasken verhaftet

Die UCO-Operation, die seit 2022 die Preise untersucht, hat zur Verhaftung von 20 Personen geführt.

Koldo García Izaguirre, Berater des ehemaligen Verkehrsministers und jetzigen PSOE-Abgeordneten José Luis Ábalos, wurde von der Zentralen Operativen Einheit (UCO) der Guardia Civil verhaftet, weil er angeblich illegale Provisionen für die Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit dem Kauf von Masken während der Covid-19-Pandemie erhalten hat. Ihm werden kriminelle Machenschaften, Einflussnahme und Bestechung vorgeworfen. Neben ihm wurden auch seine Frau Patricia Uritz Iriarte, Víctor de Aldama, der Präsident des Fußballvereins von Zamora, und 17 weitere Personen wegen angeblicher betrügerischer Auftragsvergabe für Masken verhaftet, wie Quellen aus dem Umfeld der Ermittlungen gegenüber THE OBJECTIVE bestätigten.

<https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18212775/virologe-krammer-wird-chef-von-neuem-pandemie-institut-in-wien> 25.2.2024

Virologe Florian Krammer wird Chef von neuem Pandemie-Institut in Wien
Der in New York forschende steirische Virologe Florian Krammer wird mit 1. März Professor an der Med-Uni in Wien, ab 2025 Chef eines neuen Pandemieinstituts. Künftig werde er zwischen New York und Wien pendeln.

Der 41-jährige Wissenschaftler ist Professor für Impfstoffkunde an der Icahn School of Medicine am Mount Sinai Hospital in Manhattan, er ging in Köflach zur Schule, studierte an der Universität für Bodenkultur in

Wien Biotechnologie und ging dann 2010 nach New York, um an der
Impfstoffentwicklung gegen diverse Viren mitzuarbeiten.